...ag 2 Uhr
...fnung
...ür den durch
...pparat ist ein
...aufgestellt.
...ressant und
...fall ernten.

...wirn
...0 Pfg.
...Händler.
...newald
...straße 12.

...chtsgeschenk
Lampe.
...und Ausführung
...e Beleuchtung
...eseler,
...sgeschäft,
...lgstr. 28.

Mäuse!
...itzel dafür ist und
...-Bazillen!
...ustiere unschädlich.
...ung ist der Erfolg
...uschkamp,
...Westfalen.

...gen
...Postkarten
...len
...n Druckarbeiten
...liefert von der
...rei des
...Anzeigers
...rn Telephon 913.

...Former
...ig stellt sofort ein
...Metallgießerei
...von A. Roesener

...elhaus
...asse.
...ag, Montag
...er Liebe
...piel in 4 Akten.
...listet
...2 Akten.
...ng 3 Uhr

Nr. 299 Montag, den 23. Dezember 1918 32. Jahrgang.

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für den einspaltigen 2,4 mm hohen Raum 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklamenteil 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung nach besonderem Tarif, die bei Zwangsbeitreibung indes erlischt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Postscheckkonto 14342 Amt Hannover

Spanien im Ententelager. — Ein Aufruf Hindenburgs.

Spanien nimmt die Konjunktur wahr.

cb. Haag, 22. Dez. Reuter meldet aus Paris: Romanones hat Orlando und Sonnino einen Besuch abgestattet. Er konferierte auch mit Pichon. Nach einer Meldung der Vaz Dias-Agentur hatte er eine Unterredung mit einem Vertreter eines Pariser Blattes. Er sagte darin u. a.: Spanien könne unter den heutigen Umständen nicht abgesondert beiseite stehen. Es sei unbedingt erforderlich, gute Beziehungen zwischen den Verbündeten zu pflegen. Eine andere Politik käme für Spanien nicht in Frage. Er werde dies auch öffentlich in der Kammer auseinandersetzen. Er habe bei seinen Unterredungen mit Pichon und Clemenceau einen günstigen Eindruck erhalten. Er könne nur drei Tage in Paris bleiben, da seine Anwesenheit in Spanien notwendig sei. Spanien sei zurzeit wegen der katalonischen Bewegung nicht ganz ruhig. Er hoffe aber bestimmt, daß diese Frage bald eine befriedigende Lösung finden werde.

Die Marokko- und Gibraltar-Frage.

cb. Paris, 23. Dez. „Echo de Paris" prophezeit eine Annäherung zwischen Spanien und Frankreich. Frankreich sei zu bedeutenden Konzessionen an Spanien in der Marokkofrage bereit. Auch dürfte demnächst eine Revision der Gibraltarfrage erfolgen.

Streikfieber — Arbeitslosigkeit.

Eine ebenso merkwürdige wie sehr gefährliche Erscheinung ist das selbstmörderische Streikfieber, das unsere Arbeiter ergriffen hat. Es ist wirklich selbstmörderisch, denn es wird unsere Wirtschaft lahmlegen, wenn es nicht bald ausgetobt haben wird. Die Rüstungsindustrie im Kriege hat den Arbeitsmarkt heillos verwirrt und die Köpfe auch. Die Phantasiepreise der Lebensmittel des Schleichhandels, der Kleider und Schuhe haben den Maßstab des Lebensunterhalts und seiner Kosten so gestreckt, daß auch die Arbeiter von dem Verlangen beherrscht sind, nur so viel zu ergattern wie irgend zu greifen und zu holen ist.

Sie vergessen, daß wir auch auf diesem Wege — also ohne eine bolschewistische Regierung — zu russischen Zuständen kommen müssen. An diesen Zuständen ist das schlimmste, daß Gewerbe und Handel zugrunde gerichtet werden durch Preise und Löhne, die wohl einen kurzlebigen Zustand der Fieberhitze hervorrufen können, nicht aber das geregelte Leben der Wirtschaft, die auf dem Grundsatz ruht: leben und leben lassen. Das Streikfieber muß also bald ausheilen, sonst geraten wir in den Sumpf einer Unordnung, der zuerst die Arbeiter verschlingen muß, die nicht wie andere vom Kapital zehren können. Die Arbeiter müssen also darüber belehrt werden, daß Streik und unmögliche Löhne, bei denen kein Schornstein rauchen kann, buchstäblich Selbstmord für sie sind.

Aber: man darf sich ein wenig darauf verlassen, daß die Vernunft bald die Oberhand gewinnen wird. Sie hat einen Verbündeten, der allerdings beinahe so schlimm ist, wie das Unheil, dem gesteuert werden muß, — die Arbeitsnot, die hereinbricht. Wir werden bald in einer schlimmen Zeit die Arbeitslosigkeit haben. Wir haben weder Baumwolle, noch Wolle, noch Leder, noch Steine, noch Holz, noch Eisen, um weben, Schuhe fabrizieren, Häuser bauen zu können, und es wird eine Weile dauern, bis wir das können werden. Die heimgekehrten Soldaten und die Arbeiter aus der Kriegsindustrie können also nicht untergebracht werden. Arbeitslosigkeit und Not werden die Wintermonate über unser Leben bedrücken, und wir haben wahrhaftig alle miteinander allen Grund uns mit Vernunft in die böse Zeit zu schicken, damit wir sie mildern und überstehen können.

Was unserem Staate jetzt gefährlich wird, das ist nicht der Lärm, sondern die Not, die an des Lebens Tore pocht. Sie ist ein Erzeugnis des Krieges. Wir müssen einig werden in dem ernsten Willen, diese Not gemeinsam zu bändigen, ihr männlich und mit der Einsicht zu begegnen, daß wir ihr gegenüber wirklich und wahrhaftig „solidarisch" sind. Sie zwingt uns zur Solidarität, zu der alten Arbeiterlosung, und die Arbeiter müssen — bei Strafe des allgemeinen Elends, das sie zuerst und am schlimmsten treffen wird — einsehen, daß der allgemeine Mangel unserer Wirtschaft auch sie dazu zwingt, sich der allgemeinen Solidarhaft anzubequemen.

Der Kriegsminister über den Rätekongreß.

Völlige Zerrüttung des Heeres.

Berlin, 20. Dezember.

Der preußische Kriegsminister, General Scheüch, hat sich einem Berichterstatter gegenüber auf dessen Ersuchen hin näher über den Rätekongreß ausgelassen. Scheüch kann sich mit der Übertragung der Obersten Kommandogewalt an die Soldatenräte und der Wahl der Führer durch die Truppe nicht einverstanden erklären und sagte: „Wer führt denn die Truppe, wer soll sie denn am Feinde führen, oder wenn sie zu Aufgaben der Polizei von dieser herangezogen wird? Doch ihr Führer und auch hier nicht ein vielköpfiger Rat! Nur derjenige, der die Verantwortung für Erziehung, Ausbildung und ihre Disziplin trägt, hat auch die Führerautorität." Scheüch fordert, daß die Vorgesetzten von der Regierung eingesetzt werden sollen, sonst käme es zur Zerrüttung des Heeres.

Es gibt auch eine Grenze!

Der Kriegsminister wendet sich scharf gegen die fortgesetzte Beleidigung des Offizierkorps, das seine Pflicht getan habe und sagt zum Schluß seiner Ausführungen: „Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich unter Zurückstellung meiner persönlichen Überzeugung in vielen grundlegenden Fragen die Wege gegangen bin, die der anzubahnenden Neuordnung der Dinge im Reich und Heer entsprechen. Es gibt aber auch da eine Grenze: diese Grenze ist mit den gefaßten Beschlüssen überschritten und jenseits liegt völlige Zerrüttung und die Ausschließung des Wiederaufbaues eines geordneten Heerwesens, mag es sich da um stehendes Heer, Miliz oder freiwillige Volkswehr handeln. Nichts kommt zustande, wenn die Unterordnung nicht auf eine feste, sichere Grundlage gestellt wird.

Polnische Unwahrhaftigkeit.

Eine amtliche deutsche Widerlegung.

Berlin, 20. Dezember.

Die Note, in der Polen die Beziehungen zu Deutschland abbricht, strotzt von falschen Behauptungen und gibt der Reichsregierung Veranlassung, diese Punkt für Punkt klar zu widerlegen. Es heißt darin u. a.:

Polen hat nach den Waffenstillstandsbedingungen kein Recht, die Räumung des Oberostgebietes zu verlangen. Die Verhandlungen über die Räumung der Bugetappe haben sich nur deshalb so lange hingezogen, weil Polen die deutschen Vorschläge wochenlang unbeantwortet ließ. Zwischen den deutschen Militärbehörden und der Sowjetregierung besteht durchaus kein freundschaftliches Verhältnis. Bei den Parteikämpfen in der Ukraine hat sich das deutsche Militär durchaus neutral verhalten. Die Regierungserklärung verweist dann noch die sattsam bekannten Anpöbelungen, die der deutschen Gesandtschaft in Warschau zuteil wurden.

Die weitere polnische Unterstellung, daß der Friede zwischen Deutschland und Polen seitens Deutschland durch Organisierung des Heimatschutzes Ost gefährdet werde, wird schon dadurch Lügen gestraft, daß die Gefährdung des Friedens offenkundig von der polnischen Regierung selbst ausgegangen ist, indem sie in den Ostprovinzen eine zügellose Agitation entfaltete und nunmehr dazu übergegangen ist, in flagranter Verletzung nicht bloß des Völkerrechts, sondern auch der speziellen Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, Wahlen zum polnischen Landtag auf reichsdeutschem Gebiet auszuschreiben.

Aufhebung der Blockade in Aussicht.

Wilson gegen den Gewaltfrieden.

Bern, 20. Dezember.

Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover erklärt, Deutschland könne für sich selbst sorgen, falls man ihm dazu die Möglichkeit lasse. Die luftdichte Blockade müsse aufgehoben werden, damit Deutschland aus Schweden und Norwegen Fische und aus Argentinien Getreide bekommen könne. Aber die Aufhebung der Blockade sei die Bedingung dafür.

Wilson läßt ausdrücklich erklären, daß er den von der Liga zur Erzwingung des Friedens aufgestellten Plan nicht billige. Der Präsident betont ferner nochmals, er sei nicht nur Anhänger des Planes eines Völkerbundes, sondern er halte seine Gründung für unentbehrlich zur Aufrechterhaltung des Friedens. Er habe dem Plane der genannten Liga niemals weder direkt noch indirekt zugestimmt.

Blockade und Lebensmittelversorgung.

Berlin, 20. Dez. Nach hier eingetroffenen Meldungen verbreitet der öffentliche Dienst der Vereinigten Staaten von Washington aus folgenden Funkspruch: Auch nach der Verlängerung des Waffenstillstandes bleibt die Blockade gegen Deutschland vollinhaltlich aufrecht. — Wie verlautet, wird durch eine nachträgliche Erklärung die in Aussicht gestellte Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Blockade nicht berührt.

Die Schweiz verhandelt nicht mit deutschen Soldatenräten.

Konstanz, 20. Dez. Die Schweizer Bundesbehörden lehnten es grundsätzlich ab, mit deutschen Soldatenräten in amtlichen Verkehr zu treten.

Steigen des Auslandskurses der Reichsmark.

Zürich, 20. Dez. Der Kurs der deutschen Reichsmark ist seit gestern in der Schweiz von 52 auf 60 gestiegen.

Neue Mordtaten der Bolschewisten.

Riga, 20. Dez. In Pleskau wurden von den bolschewistischen Truppen 460 Personen als Gegenrevolutionäre erster Kategorie verhaftet, dem Revolutionstribunal übergeben und zum Tode verurteilt. Die Verurteilten mußten, in Gruppen eingeteilt, ihre Gräber sich selbst schaufeln. Sie wurden dann erschossen. Die folgende Gruppe mußte die vorhergehenden begraben.

Wie wähle ich?

Winke für die Wahl zur Nationalversammlung.

Über die mannigfachen Bestimmungen betr. die Wahlen zur Nationalversammlung herrscht in weitesten Kreisen Unklarheit. So ist neben der Verhältniswahl besonders der Begriff der Listenwahl bisher ziemlich unbekannt geblieben. Früher nahm zur Reichstagswahl der Wähler einen Stimmzettel, der den Namen seines Kandidaten trug und ließ ihn in die Wahlurne werfen. Damit hatte er sein Wahlrecht ausgeübt. Nicht ganz so — aber nicht viel schwieriger — gestaltet sich auch heute der Vorgang.

Gegenwärtig wird von der Regierung eine neue Wahlordnung bearbeitet. Es handelt sich dabei vor allem darum, über den § 14 (Listenwahl) Klarheit zu schaffen. Wie ein Blick auf die Wahlbezirke lehrt, sind in jedem von ihnen mehrere Abgeordnete zu wählen. Jede Partei im Wahlbezirk kann soviel Kandidaten aufstellen (auf ihre Liste setzen) als für den Bezirk Abgeordnete zu wählen sind. Die Wahlordnung nennt solche Liste einen Wahlvorschlag. Für die Technik der Listenwahl gibt es nun vier Systeme: das der „streng gebundenen" Liste, bei dem der Wähler an die Reihenfolge der Bewerber in der aufgestellten Liste gebunden ist, das der „einfach gebundenen" Liste, bei dem der Wähler die Reihenfolge der aufgestellten Kandidaten beliebig verändern darf, das der „freien" Liste, bei dem der Wähler eine eigene Liste aus Kandidaten der verschiedenen Wahlvorschläge zusammenstellen kann, und endlich das der „freien Liste mit Wilden", bei dem der Wähler auch Leute seines Vertrauens, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, in seine Liste aufnehmen kann.

Die neue Wahlordnung bestimmt, daß die Wahlen mit „streng gebundener Liste" vorgenommen werden sollen. Denn es heißt in der Wahlverordnung, „für die Verteilung der einem Wahlvorschlage zugeteilten Abgeordnetensitze unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen maßgebend". Durch diese Bestimmung werden die Parteien zum ausschlaggebenden Faktor des politischen Lebens. Der Wähler ist also streng an die Vorschläge seiner Partei gebunden. Er kann nicht einen Kandidaten der Liste, der an fünfter Stelle steht, an die erste rücken und umgekehrt. Die Partei stellt die Kandidaten und ihre Reihenfolge auf. Sie wird also die Kandidaten, deren Wahl besonders gewünscht wird, an die erste Stelle der Liste setzen.

Angenommen die Partei A erhielte in einem Wahlbezirke, der sieben Abgeordnete zu stellen hat, nach der Verhältniswahl vier Sitze, so würden die ersten vier Bewerber ihrer Liste gewählt sein. Erhält Partei B einen Sitz, so würde er dem ersten Kandidaten ihrer Liste zufallen, und erhält Partei C zwei Sitze, so würden die ersten beiden Kandidaten ihrer Liste gewählt sein. — Durch das Verfahren der Listenwahl nach dem streng gebundenen System läßt sich am schnellsten eine Übersicht über die Wahlergebnisse gewinnen. Freilich, der einzelne Wähler ist insofern benachteiligt, als er alle Kandidaten seiner Partei entweder ablehnen oder annehmen muß.

Auch zur Nationalversammlung werden die Parteien gedruckte Wahlvorschläge (Wahlzettel) vor den Wahllokalen verteilen und der Wähler hat nur nötig, die Wahlvorschläge seiner Partei in den amtlichen Umschlag zu tun und ihn in die Urne werfen zu lassen. Die Annahme weiter Kreise, daß der Wähler selbst eine Kandidatenliste aufstellen dürfe oder müsse, ist hinfällig, sie wird es schon durch die Bestimmung, daß „ein Wahlvorschlag, der gültig sein soll, die Unterschrift von mindestens 100 Wahlberechtigten des Bezirks tragen" müsse.

*

Änderungen der Wahlordnung.

Die Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung ist in einigen Punkten geändert worden.

Stadt und Land gleich. Bisher war bestimmt, daß „in den Städten die Wählerlisten in der Art angelegt werden" dürften, „daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge eingetragen werden". Nunmehr ist diese Bestimmung ganz allgemein gehalten, sie bezieht sich also nicht nur auf die Städte. Die Änderung ist erfolgt mit Rücksicht auf große Industriegemeinden, denen das Stadtrecht noch nicht verliehen ist, die aber bereits einen städtischen Charakter tragen.

Vermehrung der Wahlräume. Neu eingefügt ist die Bestimmung, daß in großen Stimmbezirken die Wahlen gleichzeitig in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes vorgenommen werden dürfen, wenn die Voraussetzung besteht, daß die Listen nach Geschlechtern getrennt angelegt sind oder sonst geteilt werden können. Beide Räume müssen die vorgeschriebenen Einrichtungen enthalten, in dem zweiten Wahlraum ist der Stellvertreter des Wahlvorstehers zur Leitung der Wahl berufen, es soll für den zweiten Raum auch ein besonderer Schriftführer bestellt werden.

Diese neue Anordnung stellte sich als wünschenswert heraus im Hinblick auf die außerordentliche Vermehrung der Wählerzahl und auf den voraussichtlich sehr starken Andrang zur Wahl zu gewissen Tageszeiten. Ausdrücklich

sei aber hervorgehoben, daß der zweite Raum nicht etwa eine andere Ecke desselben Wahlraumes sein darf, sondern ein davon getrenntes Zimmer sein muß, daß aber andererseits der zweite Raum nicht etwa in einem anderen Hause untergebracht werden darf.

*

Die Früherlegung der Wahl und die Fristen.

Die Früherlegung der Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 16. Februar auf den 19. Januar machten einige Änderungen am Reichswahlgesetze notwendig, die soeben bekanntgemacht werden. Bei diesen gesetzgeberischen Änderungen hat sich die Regierung von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen der Wählerschaft und der Parteileitungen nach Möglichkeit zu wahren. Es bleiben daher die für die Wählerschaft wertvollen Fristen unverändert, nämlich die Auslegungs- und die Einspruchsfrist für die Wählerlisten. Ebenso soll den Parteien so lange wie möglich Zeit gelassen werden, sich über die Wahlvorschläge zu verständigen.

Auslegung der Wählerlisten. Im Verfolg dieser leitenden Idee ist mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit zwar bestimmt, daß die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember (nicht mehr, wie es vorher hieß, „spätestens vier Wochen vor dem Wahltag") auszulegen sind. Aber die für die Wählerschaft wichtige Dauer der Auslegung bleibt mit dem Zeitraum von acht Tagen bestehen. Die Wähler haben also trotz der Vorverlegung der Wahl genau dieselbe Frist, Einsicht in die Wählerliste zu nehmen wie nach den ursprünglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Einsprüche gegen die Wählerlisten durch die Behörden sind binnen einer Woche zu erledigen. Bisher war bestimmt innerhalb der nächsten 14 Tage. Die Bestimmung, daß die Einsprüche gegen die Wählerlisten bis zum Ablaufe der Auslegungsfrist bei der Gemeindeverwaltungsbehörde anzubringen sind, wird durch die Anordnung nicht betroffen.

Einreichen der Wahlvorschläge. In der Verordnung wird in Abänderung des Reichswahlgesetzes bestimmt, daß die Wahlvorschläge spätestens am 4. Januar 1919 (statt „spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag") beim Wahlkommissar einzureichen sind. Damit verkürzt sich die Zeit für die Einreichung der Wahlvorschläge von 21 auf 15 Tage. Ferner wird bestimmt, daß die Wahlkommissare die vorgeschriebene Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort (früher hieß es „spätestens vier Wochen vor dem Wahltag") zu erlassen haben.

Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge miteinander kann nach dem Reichswahlgesetze noch „spätestens sieben Tage vor dem Wahltage bei dem Wahlkommissar schriftlich erklärt werden". Hieran dieser Bestimmung wird nichts geändert, ebenso wenig an der Anordnung, wonach die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltage beseitigt werden können. Auch die Bestimmung, wonach Bewerber, gegen deren Wählbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum 7. Tage vor dem Wahltag durch andere ersetzt werden können, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlages einen entsprechenden Antrag schriftlich stellen, ist unverändert geblieben.

Aus alledem geht hervor, daß die Beschleunigung der Vornahme der Wahlen für die Wählerschaft und für die Arbeit der Parteien ohne nachteiligen Einfluß bleiben wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Justizminister a. D. Dr. Spahn über die Zentrumspolitik.

Der frühere Präsident der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages und nachmalige Justizminister Dr. Spahn hielt Donnerstag abend in einer Zentrumsversammlung in Berlin eine Rede. Er führte u. a. aus:

Die Verhältniswahl ist an sich dem Zentrum ungünstig, aber diese Gefahr macht uns so recht die Forderung der Stunde klar. Die Frauen wählen zum erstenmal mit und die Frauen geben den Ausschlag. Wir haben zwei Millionen mehr Frauen als Männer. Das Ergebnis dieser Wahlen wird ein sehr schwankendes sein. Vielleicht bringen die Wahlen einen Sieg der Sozialdemokratie. Jedenfalls wird die Wahlprüfungskommission nach den Wahlen eine große Arbeit zu leisten haben. Noch nie hat die Verantwortung für die Zukunft so schwer auf uns gelastet wie gerade jetzt. (Sehr richtig.)

Sollen wir nun den Namen unserer Partei, der Zentrumspartei, ändern? Ich persönlich würde das sehr schmerzlich empfinden. Jedenfalls darf man wohl sagen, daß aus den Kreisen unserer alten Anhänger heraus ein Bedürfnis für eine Namensänderung nicht gegeben ist. Man sagt nun, mit Rücksicht auf den Beitritt weiterer Kreise in unsere Partei wäre die Namensänderung geboten. Gut, wenn es sein muß, so können wir ja das Opfer bringen, aber ich darf wohl noch einmal sagen, daß ich persönlich das sehr schmerzlich empfinden würde.

Vor zwei Jahren habe ich noch in einer vertraulichen Konferenz gegenüber dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. David betont, daß die Zeit kommen werde, wo der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ausgekämpft werden müsse. Die Zeit für das Gesagte scheint jetzt gekommen zu sein.

Wir haben in den letzten Jahren der Sozialdemokratie wiederholt den Steigbügel gehalten, damit sie auf das Pferd kommen konnte. Wir taten dies, getragen von dem Verantwortlichkeitsgefühl für die Mitwirkung aller Volkskreise an der Regierung. Die Fortsetzung dieses unseres Verhaltens wird in der Zukunft nicht nötig sein. Glauben die führenden Männer der Sozialdemokratie, uns den Kampf ansagen zu können: wir scheuen uns nicht, wir sind bereit! (Lebhafte Zustimmung.)

In dem Wahlkampf, dem wir jetzt entgegengehen, wird der Erfolg für unsere Partei davon abhängig sein, daß wir die konfessionellen Schranken fallen lassen, daß wir weitherzig alle, die guten Willens sind, die Tür der Partei offen halten zum Eintritt in dieselbe (Sehr wahr!), und ich meine, das müsse möglich sein. Unser politisches, unser religiöses, unser kulturelles, unser wirtschaftliches Programm ist ein solches, daß es auch Andersgläubige erfassen und zu uns hinziehen kann. Alle, alle können zu uns kommen, die die Durchführung der christlichen Ideen im Staatsleben wollen. Alle wollen wir bei uns aufnehmen, die, wie wir, sich zu dem Grundsatze stellen: In Christo salus. (Langanhaltender Beifall.)

Die Bildung des Zentralrats.

× **Berlin**, 21. Dez. Der neugewählte Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands hat sich am 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in einer Sitzung gebildet und zu Vorsitzenden Leinert (Hannover), Cohen (Reuß) und Hermann Müller, zum Kassierer Schäfer (Köln) und zum Schriftführer Waeger (Ostfront) bestimmt. Die Uebergabe der Geschäfte durch den bisherigen Vollzugsrat soll morgen vormittag 10 Uhr erfolgen.

Adolf Hoffmann — Bundesratsbevollmächtigter!

÷ **Berlin**, 21. Dez. Dem Minister Adolf Hoffmann ist folgende Verfügung zugegangen:

Die preußische Regierung hat Sie durch Erlaß von heute zum Bevollmächtigten Preußens im Bundesrat ernannt. Sie werden hiervon mit dem Bemerken ergebenst in Kenntnis gesetzt, daß das Reichsamt des Innern und der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten entsprechend benachrichtigt sind.

Aufhebung der Residenzpflicht der Beamten.

Berlin, 20. Dez. An die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ist folgender Erlaß des preußischen Ministeriums des Innern ergangen: In einzelnen Städten wird den städtischen Beamten und Lehrern das Wohnen außerhalb der Anstellungsgemeinde erschwert oder versagt. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Wohnungsbeschaffung wird das von den Betroffenen jetzt besonders schwer empfunden. Die Kommunalaufsichtsbehörden wollen in geeigneter Weise auf die in Betracht kommenden Städte einwirken, um die Aufhebung oder Milderung einer derartigen Übung zu erzielen.

÷ Zum Staatssekretär des Äußern in Graf Brockdorff-Rantzau als Nachfolger Dr. Solfs ernannt worden. Graf Brockdorff war bis jetzt Gesandter in Kopenhagen. Der neue Staatssekretär ist 1869 in Schleswig geboren. Seine diplomatische Laufbahn hat ihn u. a. auch nach Brüssel, Petersburg, Wien, Haag und Budapest geführt. Bereits 1917 und in der Folgezeit wurde er mehrfach als aussichtsreicher Kandidat für den jetzigen Posten genannt.

Österreich.

× Die Nationalversammlung beschloß nach deutschem Vorbilde die Einführung des Achtstundentages. Bei der Beratung dieses Gesetzes wies der Staatssekretär für soziale Fürsorge auf die durch den Kohlenmangel eingetretene katastrophale Arbeitslosigkeit hin. In Wien allein gebe es 48 000 Arbeitslose, deren Zahl sich täglich um 1000 vermehre. In Deutsch-Böhmen seien nicht weniger als 25 % der gesamten Arbeiterbevölkerung arbeitslos.

Luxemburg.

× Die Abdankung der Großherzogin Adelheid ist in der ersten Hälfte des Januar zu erwarten. Die Kammer wird dann für die Gründung einer Republik oder einer Personalunion mit Belgien sich entscheiden. Die Mehrheit des luxemburgischen Volkes ist für die letzte Lösung, die jedoch von der deutschen Bevölkerung und allen prodeutschen Elementen heftig bekämpft wird.

Belgien.

× Die Verfolgung der Flamenführer dauert weiter fort. So verständigte der Generalstaatsanwalt die Kammer davon, daß eine gerichtliche Verfolgung gegen die neuerwählten Abgeordneten Augustyn und Hendrik eingeleitet ist. Sie befinden sich in Haft; angeklagt sind sie wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Staates und Begünstigung der Pläne des Feindes. Beide sind flämische Aktivisten.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 20. Dez. Der Generalstabsarzt der Armee Professor Dr. Schjerning ist infolge eines im Felde zugezogenen Leidens zurückgetreten.

Berlin, 20. Dez. Anträge auf Ein- und Ausreiseerlaubnis von und nach den besetzten Gebieten sind lediglich an die lokalen Behörden der Okkupationsmächte, nicht aber an die deutsche Waffenstillstandskommission zu richten.

Berlin, 20. Dez. Das deutsche Lokomotivpersonal, das der Entente die Maschinen abliefert, muß drüben noch weiter Dienst tun, erhält dafür aber Mobilmachungsgeld und stark erhöhte Tagegelder.

München, 20. Dez. Die Bischöfe Bayerns legen feierliche Verwahrung gegen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht in Bayern ein.

Danzig, 20. Dez. Die Nachricht, wonach eine polnische Armee im Hafen von Danzig gelandet sei, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Karlsruhe, 20. Dez. Der Abbé Wetterlé läßt am 1. Januar in Straßburg eine neue Zeitung erscheinen, die den Namen „Der französische Rhein" führen wird.

Holzminden, 20. Dez. Bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen wurden 10 Bürgerliche und 8 Sozialdemokraten gewählt.

Rotterdam, 20. Dez. Nach englischen Blättermeldungen ist der serbische Ministerpräsident Paschitsch zurückgetreten.

Madrid, 20. Dez. Nachdem die spanische Regierung von der Berliner Regierung die offizielle Nachricht erhalten hatte, daß sie mit der Abberufung des Fürsten Ratibor einverstanden sei, werden dem deutschen Botschafter in Madrid innerhalb 24 Stunden die Pässe zugestellt werden.

Petersburg, 20. Dez. Die russischen Verluste betragen nach offiziellen Angaben während des Krieges an Toten 1 700 000, an unheilbar Verstümmelten 1 450 000, an Verwundeten 3½ Millionen, an Gefangenen 2½ Millionen Mann, was einen Gesamtverlust von 9 150 000 Mann ergibt.

Konstantinopel, 20. Dez. Auf Befehl des französischen Kommissars in Konstantinopel, Admirals Amet, werden, nachdem die Ausweisung aller Angehörigen der Mittelmächte aus der Türkei verfügt worden ist, alle Deutschen und Österreicher nach Frankreich gebracht, um dort interniert zu werden.

Ein Aufruf Hindenburgs.

⊙ **Kassel**, 21. Dez. In einem von der „Kasseler Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten Aufruf, gegeben im Großen Hauptquartier, Wilhelmshöhe, Weihnachten 1918, blickt Hindenburg auf die gewaltigen Kriegsleistungen des zur Wehrhaftigkeit erzogenen deutschen Volkes in Waffen zurück, das nicht vor einer Welt von Feinden zusammengebrochen sei. Hierzu befähigt sei es durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, den Willen zum Siege und den Geist der Treue. Das deutsche Heer sei dahin, zersetzt, aufgelöst, obwohl bis zuletzt gefürchtet und geachtet von den Feinden. Offizieren, hoch und niedrig, komme als Erziehern und Führern des Volksheeres unbestreitbar ein hoher Anteil an dem Ruhme zu. Es sei eine kleinliche Rache, ihnen die Abzeichen und Waffen abzusprechen und sie als unfähig der Befehlsgewalt zu erklären. Der Zerstörung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf sei die Absicht jener verneinenden und zersetzenden Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf gesunder, politischer und wirtschaftlicher Grundlage zu hemmen. Trotz mancherlei Krankheitserscheinungen und vereinzelten Fällen von Selbstsucht, Eitelkeit und Unwahrhaftigkeit kehre das deutsche Offizierkorps gesund und stark aus dem Kriege zurück. Das deutsche Offizierkorps sei kerngesund. Seine Lebensaufgabe sei das Wohl der Gesamtheit und die Ehre des deutschen Mannes; darum habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unseres nationalen, wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Dabei muß es aber erbittern, wenn in kleinlicher Rache die Autorität im Heere untergraben wird. Alle jene aber, die sich als Schmarotzer im deutschen Offizierkorps gezeigt haben, sollten und müßten abgeschüttelt werden. Der Aufruf schließt:

Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Feldheeres am Ende meiner militärischen Laufbahn die Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treuesten Stützen in Kampf und Not, so möge man daraus auch ein heiliges Vermächtnis aus der Vergangenheit entnehmen für die neue Zeit, für die glückliche Zukunft unseres Volkes und für die Einheit der deutschen Stämme mit der alten Mahnung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen."

Sein erster Erfolg.

Kriminal-Roman von Walter Kabel.

(Nachdruck verboten.)

2)

Des Barons Stimme klang gepreßt, als er fortfuhr: „Es gibt Verhältnisse im Leben, die man gern vor den Augen der Menschen verbirgt, verbergen muß, trotzdem man eigentlich unschuldig daran ist."

Herr v. Berg schwieg und schaute, in Gedanken versunken, vor sich hin. Seine von blondem, gescheiteltem Haar umgebene Stirn hatte sich in sorgenvolle Falten gelegt. Friedrichs unterbrach das peinliche Schweigen mit den lebhaften Worten: „Ich wundere mich, daß Herr Meisel das Geld noch immer nicht bringt, ich will sofort nochmals telephonieren."

Der Baron erhob sich etwas hastig.

„Aber lassen Sie doch, mein Lieber, — wie ich bemerkte, ist an der Kasse gerade viel zu tun. Außerdem, — eigentlich paßt mir das ganz gut, ich habe nämlich hier in der Nähe noch eine Besorgung zu machen — da komme ich eben später wieder, — so etwa in einer Stunde, — ich habe Zeit; der Regen scheint ja auch etwas nachzulassen." — Der Baron trat an das Fenster und schaute in den Lichtschacht empor.

„Aber Herr v. Berg, das Geld muß ja sofort da sein." — Wieder wollte der Bankier an das Telephon eilen; der andere hielt ihn zurück: „Lassen Sie, — lassen Sie, es eilt durchaus nicht, — adieu, auf Wiedersehen!" —

Und nachdem Herr v. Berg Friedrichs die Hand geschüttelt hatte, öffnete er selbst die Türe und nickte aus dem Wartezimmer dem Bankier nochmals freundlich zu. Dann trat er rasch hinaus.

2. Kapitel.

Das Telephon in der Wachtstube des Polizeipräsidiums läutete Sturm:

— [illegible] —

der anwesende Kommissar, ging gemächlich an den Apparat und hielt das Hörrohr mit gleichgültigem Gesicht an den Kopf. Kaum hatte er aber einige Sekunden gelauscht, als seine Miene einen gespannten Ausdruck annahm; gleich darauf rief er erschreckt dem am Fenster stehenden Schutzmann zu: „Herrgott, — nein, — so etwas, am hellen Tage ein Mord, — das ist ja unerhört, — man telephoniert soeben, daß der Bankier Friedrichs tot aufgefunden wurde, — Stichwunde in der Brust!" — —

Eilend hing er das Hörrohr an den Haken und rannte hinaus, stürmte die Treppe zum ersten Stock hinauf, riß die Türe zum Zimmer Nr. 21 auf und rief ohne jegliche Einleitung erregt und fast atemlos: „Soeben kommt eine Alarmnachricht: Der Bankier Friedrichs wurde tot in seinem Privatkontor aufgefunden, — eine Stichwunde in der Brust bereitete ihm ein rasches Ende — — außerdem sind aus demselben Zimmer 150 000 Mark verschwunden!" — — Kriminalkommissar Richter, der gerade einen „alten Kunden" vernahm, der schon oft wegen Diebstahls angekommen war, erhob sich bestürzt und starrte den Beamten ungläubig an. Dieser wiederholte nun etwas ruhiger seine erste Meldung, ohne etwas Neues hinzuzufügen.

„Weiteres wurde also nicht telephoniert?" fragte der Kriminalkommissar hastig und warf bereits die vor ihm liegenden Akten in das Schreibtischfach zurück.

„Nein, — nichts — man scheint in dem Bankhause völlig den Kopf verloren zu haben, — kein Wunder auch bei solcher Entdeckung!"

Der andere überlegte eine kurze Zeit, dann befahl er einem herbeigerufenen Schutzmann: „Müller, Sie gehen jetzt zunächst noch Nr. 23 und sagen Herrn Dr. Werres, er müsse sich sofort fertig machen und mich begleiten; dann — [illegible] — Schön, der muß auch mit, sagen Sie ihm das! Und nachher melden Sie Herrn R..: Scheller [illegible] sofort an den

Der Schutzmann machte kurz kehrt und auch der „alte Kunde" wurde schnell abgeführt. —

Kriminalkommissar Richter, eine große, kräftige Erscheinung mit energischem Gesicht, schloß eilig die Fächer seines Schreibtisches ab und zog sich den Ueberzieher an. Dann warf er einen raschen Blick durch das Fenster. „Der Regen hatte aufgehört", murmelte er vor sich hin. Und sein Selbstgespräch fortsetzend: „Friedrichs, — Bankier Friedrichs? — Den müßte ich doch kennen? — ja richtig!" — Und an den Kleiderständer tretend, stülpte er sich den Hut auf.

Die Türe wurde geöffnet und herein trat, zum Ausgehen fertig, ein anscheinend noch ziemlich jugendlicher Herr, dessen blasses Gesicht auf der linken Wange verschiedene auffallend rote Schmißnarben zeigte. Es war der frühere Referendar Dr. jur. Werres, jetzt Hilfsarbeiter bei der Kriminalabteilung des Polizeipräsidiums. Werres hatte vor einem Jahr kurz hintereinander beide Eltern verloren, und da er kein Privatvermögen besaß, den Justizdienst verlassen. Zur Kriminalpolizei hatte ihn nur seine Neigung geführt; er hatte verschiedene günstige Angebote von Bankinstituten und Versicherungsgesellschaften, die ihn von Anfang an sogar besolden wollten, ausgeschlagen, weil er sich für nichts so befähigt hielt, wie gerade für den Beruf der Kriminalisten. Und daß er sich in dieser Hinsicht nicht selbst getäuscht hatte, bewies dieses eine Jahr seiner Tätigkeit bei der Kriminalabteilung. Er hatte bei verschiedenen Gelegenheiten einen ganz außergewöhnlichen Scharfsinn bewiesen, den der Kriminalkommissar Richter allerdings nur dem Umstand zuschrieb, daß gerade ihm die Ausbildung des jungen Doktors übertragen war. „Na, was sagen Sie zu diesem Fall?" rief Richter dem Eintretenden entgegen. „Es gibt Arbeit für uns, die wahrscheinlich unsern ganzen Scharfsinn erfordert, und ich habe Sie rufen lassen, weil ich denke, Sie könnten uns behilflich

(Forts. folgt.)

Kleine Meldungen.

Serbische Kultur.

Budapest, 20. Dez. Die Serben haben in den besetzten ungarischen Gebieten die Prügelstrafe eingeführt, die nicht nur an Männern, sondern auch an Frauen durchgeführt wird für die geringfügigsten Vergehen. Für eine abfällige Äußerung über die Serben werden 25 Stockhiebe verabfolgt.

Staatsbankerott in der Türkei.

Zürich, 20. Dez. Die „Züricher Morgen-Zeitung" erfährt von besonderer Seite aus Konstantinopel: Die türkische Regierung beabsichtigt, den Staatsbankerott zu erklären.

Lloyd George über Englands Sieg.

Haag, 20 Dez. Lloyd George erklärte in der Londoner Handelskammer, Englands Sieg sei der größte seit 150 Jahren. Er hoffe, daß der Frieden noch größer und ruhmreicher sich gestalten werde. Der Frieden könne nur mit einem Feinde geschlossen werden, dessen Regierung von der Entente anerkannt sei.

Der Kampf gegen die Tschechen.

Budapest, 20. Dez. Die ungarischen Gemeinden von Galanta bis Arannos Marot haben ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, um den Heimatsort bis zum letzten Tropfen Blut gegen die Tschechen zu verteidigen. Die ganze tschechische Wehrmacht in Oberungarn soll in Rutka zusammengezogen sein, um von dort gegen Kaschau zu ziehen.

Vermischte Meldungen.

Riga, 20. Dez. Gutem Einvernehmen nach wurden die Oberbefehlshaber der 8. Armee General der Infanterie v. Katben, Chef des Generalstabes Major Franz und Obermarttiermeister Oberstleutnant v. Graberg durch das Kriegsministerium zu den Offizieren der Armee versetzt.

Berlin, 20. Dez. Die Action Française vom 15. fordert die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, doch müsse zu diesem Zwecke vorher die deutsche Einheit und die deutsche Armee zerstört werden, weil andernfalls der Völkerbund eine Chimäre bliebe, da ihn Deutschland zu seinem Vorteil ausnützen könnte.

Bern, 20. Dez. Im Nationalrat wurde ein Antrag eingebracht, der vom Bundesrat die Kündigung des Niederlassungsvertrages mit Deutschland verlangt, um die Fremdenkontrolle schärfer handhaben zu können.

Helsingfors, 20. Dez. Die Nachricht von der Aufhebung der Blockade auf der Ostsee wird amtlich für unzutreffend erklärt. Die Blockade bleibt vielmehr bestehen.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 22. und 23. Dezember.

Sonnenaufgang 8^{11} (8^{12}) | Monduntergang 10^{28} V. (10^{17} V.)
Sonnenuntergang 3^{45} (3^{46}) | Monduntergang 9^{15} N. (10^{04} N.)

22. Dezember. 1848 Philolog Ulrich v. Wilamowitz-Möllendorff geb. — 1889 Hermann Brehmer, Begründer der physikalischen Behandlung der Tuberkulose, gest. — 1900 Generalfeldmarschall Graf v. Blumenthal gest. — 1902 Psychiater Freiherr v. Krafft-Ebing gest. — 1915 General v. Emmich gest. — 1916 Friedensnote der Schweiz an die kriegführenden Staaten. — Graf Czernin wird österreichisch-ungarischer Minister des Äußern. — Wilson fordert die Bekanntgabe der Friedensbedingungen.

23. Dezember. 1870 Sieg der deutschen ersten Armee über die französische Nordarmee an der Hallue. — 1916 Vorstoß österreichisch-ungarischer Seestreitkräfte über die Straße von Otranto.

Der Rückzug der Grippe.

Von einem ärztlichen Mitarbeiter.

In jüngster Zeit las man wieder von einem Neuaufflammen der Grippe, die im Sommer und Herbst fast in ganz Europa und darüber hinaus die Menschen beunruhigte. Aber diese Nachrichten von dem erneuten Vorstoß der Krankheit waren mit Vorsicht aufzunehmen, da die in den grämlichen Spätherbst- und Frühwinstertagen stets massenhaft auftretenden Katarrhe wohl einfach auf das Konto der Grippe geschrieben wurden. In Wirklichkeit ist das fortschreitende Abnehmen der Grippe überall beobachtet worden und mit dem Eintreten der kalten Jahreszeit dürfte sie wenigstens bei uns ziemlich ganz verschwinden. Auf wie lange? Die Witterungsverhältnisse des zu Ende gehenden Jahres und wohl auch die körperliche Verfassung der durch den Krieg geschwächten Menschheit sind der Entwicklung der fast ziemlich harmlosen Krankheit diesmal leider recht günstig gewesen.

Das Eigentümliche an der Grippe ist, daß sie bei den einzelnen Personen auf ganz verschiedene Weise auftritt. Man hat vier Hauptformen unterschieden. Die erste Form ist im wesentlichen eine Erkrankung der oberen Luftwege, ein Rachen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkatarrh, begleitet von Fieber, Kopfschmerz, Gliederschmerzen und allgemeinem Übelbefinden; die Krankheit verläuft meist günstig. Schlimmer ist die zweite Form, bei der auch die Lunge mitergriffen wird und manchmal sogar eine Rippenfellentzündung mit Eiterung eintritt, so daß eine Operation nötig wird; diese Form ist vielfach irrtümlich für Lungenpest gehalten worden, sie befällt vor allem Frauen und Kinder und hat sehr oft zum Tode geführt. Seltener treten die beiden übrigen Formen auf, von denen die eine im wesentlichen eine Kopfkrankheit ist, eine Gehirnhautentzündung mit allgemeiner Benommenheit, die sich aber wieder legt. Medizinisch interessanter ist die vierte Form, eine Erkrankung des Darms und des Magens, die sich in Brechreiz und Verdauungsstörungen, Verstopfung oder dem Gegenteil äußert; die Erscheinungen sind derart, daß die Erkrankten oftmals meinten, von Nervenfieber, Typhus, Ruhr, Cholera, Blinddarmentzündung, selbst von Flecktyphus befallen zu sein, und manchmal auch die ärztliche Behandlung sich darnach richten. Die äußerst verschiedene Art und Weise, wie der einzelne Patient unter der Grippe leidet, weist darauf hin, daß wir eine Erkrankung des ganzen Organismus vor uns haben, die bei dem einzelnen sich die jeweils schwächsten Stellen aussucht. Man möchte als fünfte Form noch die der ziemlich leichten sogenannten Schnupfenfälle hinzufügen, die ohne besondere Kur oder bei leichter Schonung von selbst wieder verschwinden und in den meisten Fällen gar nicht zur Kenntnis der Ärzte kommen.

Zahlreiche Ärzte haben sich in diesem Jahre mit der Grippe wissenschaftlich beschäftigt. Das Interesse richtete sich einesteils auf die Frage, ob die einmal Befallenen für eine Zeit vor neuer Erkrankung geschützt („immun") sind, und wie lange dieser Schutz dauert. Ein Ergebnis in dieser Richtung ist wohl noch nicht endgültig erzielt. Ferner galt die Suche, wie bei ähnlichen Seuchen üblich, dem Krankheitserreger, nach dessen Feststellung sich erst wird sagen lassen, ob die diesjährige „spanische Grippe" nur eine stärkere Abart der bekannten „Influenza" ist oder eine neue Krankheit, und dessen Kenntnis auch zu einem wissenschaftlichen Heilverfahren, etwa einer Impfung oder Serumbehandlung führen könnte. In dieser Beziehung scheinen die Untersuchungen des Dr. v. Angerer auf der militärärztlichen Akademie zu München am weitesten gediehen zu sein. Dieser stellte im Blute erkrankter Menschen sowie geimpfter Tiere eine Anzahl von ganz kleinen, winzigen, beweglichen Körperchen fest, kleiner als fast alle bisher bekannten Bakterien, gerade an der Grenze der Sichtbarkeit und der Filtrierbarkeit stehend, so klein, daß man ihren Bau selbst mit Färbungen noch nicht genauer feststellen konnte und auch nicht sagen kann, zu welcher Gruppe der bisher bekannten Kleinlebewesen sie gehören. Am meisten Ähnlichkeit zeigen diese Körperchen noch mit den gleichfalls äußerst winzigen Schnupfen-Bazillen, sind aber nicht mit ihnen zusammenzuwerfen.

Sind wir also auch noch nicht am Ende der Erkenntnis angelangt, so ist man doch schon so weit, daß man mit Hilfe des Mikroskops in seiner feinsten Vollendung immerhin falsche Diagnosen und demzufolge irrtümliche Behandlung vermeiden kann, wozu sonst, wie wir gesehen haben, die äußeren Krankheitserscheinungen leicht Anlaß geben konnten.

•

Starke Erhöhung der Kohlenpreise.

Infolge der unsinnigen Lohnforderungen der Bergarbeiter beschloß das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat, die Richtpreise für Kohlen einschließlich der Kohlensteuer um 14,45 Mk. und für Koks um 21,70 Mk. die Tonne zu erhöhen. Weiter wurde eine 50prozentige Einschränkung der Kokserzeugung beschlossen.

•

— **Baumwollene Verbandswatte** ist ab 1. Januar wieder in freiem Handel ohne Rezeptzwang zu haben.

— **Nahrungsmittel und Landarbeiter.** Durch die Presse gehen Klagen über zuweitgehende Forderungen von Landarbeitern, die von ihren Arbeitgebern große Mengen an Nahrungsmitteln verlangen. Vielfach läßt sich die Berechtigung derartiger Klagen nicht bestreiten. Gar häufig bleibt den Landwirten nur die Wahl, die Arbeiter zu verlieren oder ungesetzliche Handlungen zu begehen, d. h., die von den Behörden für die allgemeine Volksernährung erfaßten Nahrungsmittel anzugreifen und sie den Arbeitern zu überweisen. Zur Abhilfe dieses Übelstandes wird verlangt, die Landarbeiter darüber aufzuklären, daß auch die kleinsten Mengen an Nahrungsmitteln, die die ihnen zustehende Ration übersteigen, für die Gesamtbevölkerung dringend notwendig sind. Diese Aufgabe würde in erster Reihe den Bauernräten zufallen. Sie sollten allenthalben, wo derartige Forderungen aufgestellt werden, eine Aussprache zwischen Landwirten und Arbeitern herbeiführen. Die Lösung dieser hochwichtigen Frage birgt mannigfache Schwierigkeiten. Mit Recht begehren die Landarbeiter ein Entgelt für die höheren Industrielöhne. Diesem Gebot müssen sich die Landwirte fügen, zumal es augenblicklich an Landarbeitern fehlt, während sich immer wachsende Massen an Arbeitslosen in den Großstädten und Industriebezirken zusammenballen. Dort aber werden die Nahrungsmittel, die schon jetzt ungenügend sind, im Frühjahr noch wesentlich knapper werden, während sie auf dem platten Lande ohnehin leichter erhältlich sind. Der Lohnwert muß in Industrie und Landwirtschaft sich einigermaßen ausgleichen. Eine beide Parteien befriedigende Verständigung wird sich unschwer durch Verhandlung in den Bauernräten ermöglichen lassen.

Ein Hilferuf der Verwundeten für die Engel der Barmherzigkeit.

Von 400 Insassen der Lazarette Paderborns geht uns folgender Hilferuf zur Veröffentlichung zu:

Deutsche Kameraden!

Dank und Anerkennung ist uns bei unserer Rückkehr ins deutsche Vaterland in großem Maße zuteil geworden. Dank und Anerkennung fordern von uns Gerechtigkeit.

Kameraden! Hört Ihr den Hilferuf der bedrängten Ordensschwestern? Sollen wir müßig zusehen, wie unsere Regierung die Engel unserer Verwundeten und Kranken entrechten und für vogelfrei erklären will?

Wir alle, Kameraden, die wir 51 Monate draußen gestanden, haben an uns selbst im Lazarett erfahren, was sie uns gewesen sind in unserer Not und Pein, was sie getan haben unsern bedrängten Angehörigen in der Heimat.

Sollte die deutsche Ritterlichkeit und Treue für die deutsche Frau den deutschen Mann verlassen haben? Nein! und abermals Nein!

Soll unsere Regierung es wagen dürfen, unsern Helferinnen in Not ein solches Unrecht zuzufügen? Ein Minister, bar jeglicher Kenntnis der Kriegsgreuel, will namens der deutschen Männer so gegen die vorgehen, denen wir Verwundete so Ungeheures schulden!

Man wagt es, uns einen solchen Faustschlag ins Gesicht zu geben, und das von einer Regierung, die sich Volksregierung nennt!

Wir Frontsoldaten haben ja in letzter Zeit als Dank für unsere Opfer da draußen, uns nach unserer Rückkehr in die Heimat so manchen Fußtritt gefallen lassen müssen.

Glauben denn die Herren in Berlin, daß wir tatenlos solchen Uebergriffen gegenüber einer gerade in den fünf Kriegsjahren so ungeheuer bewährten Einrichtung zusehen werden? Glaubt denn ein Mann, der anderen die Leitung des Kultusministeriums entrissen und sie selbst in die Hand genommen hat, uns Frontsoldaten so ohne weiteres außer Rechnung setzen zu können?

Er scheint den Frontsoldaten in seinem Wesen wenig zu kennen. Gelten denn die den Kriegern erwiesenen Wohltaten gar nichts?

Wo finden wir Ersatz für die opferfreudige Pflege, wenn die bewährten Organisationen mit einem Federstrich beseitigt sind? Noch tausende von uns werden in kommender Zeit Heilung ihrer Kriegsgebrechen bei diesen Orden suchen müssen!

Euch alle, die Ihr für Deutschlands Ehr und Wehr verwundet seid, Euch, die Ihr in deutschen Feld- und Heimat-Lazaretten von schwerer Krankheit geheilt seid, Euch, Ihr Soldatenräte, die Ihr doch unsere Interessen wahrnehmen wollt, Euch alle fordern wir auf, kräftig mit Wort und Tat unsern feierlichen und ernsten Protest gegen solch schnöden Undank, der eines Deutschen in jeder Weise unwürdig ist, zu unterstützen.

Wir rufen auch alle Stände und Berufe unseres Heimatlandes auf, mitzuwirken, um jene gegen die Orden geplanten Maßnahmen zu vereiteln.

Feierlich erklären wir deutschen Soldaten: wir lassen uns und andern ein solches Unrecht nie geschehen.

Wir fordern mit aller Schärfe:

Gerechtigkeit den deutschen Ordensschwestern und uns!

* **Rücksicht bei zwangsweiser Wohnungsräumung.** Amtlich wird bekanntgemacht: Unbeschadet einer von der Reichsregierung geplanten weitergehenden Einschränkung der Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer hat der preußische Justizminister Dr. Rosenfeld mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot für Preußen angeordnet, daß die Gerichtsvollzieher vor der zwangsweisen Räumung von Wohnungen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Kriegsteilnehmer handelt oder nicht, in allen Fällen, in denen eine Obdachlosigkeit der aus der Wohnung zu entfernenden Personen zu befürchten ist, die anderweitige Unterbringung dieser Personen bei der Ortspolizeibehörde zu vermitteln haben

Paderborner Stadtchronik.

Volksrat.

Unter reger Beteiligung seiner Mitglieder und in Anwesenheit einer großen Zuhörerschaft tagte am Freitag abend 7 Uhr der Volksrat im Rathaussaale in seiner zweiten Vollversammlung. Der Vorsitzende berichtete zunächst über die letzten Sitzungen des Arbeits-Ausschusses und machte sonstige geschäftliche Mitteilungen. Er sprach dem Garnisonkommando, insbesondere dem Oberstleutnant v. Loebell und dem Oberleutnant Mohrhoff den Dank des Volksrates für das tatkräftige Eingreifen zur Beseitigung der Kohlennot aus, die jetzt als behoben gelten könne. — Wie die Umfragen ergeben haben, werden in den Milchgeschäften immer noch 48 bis 50 Pfg. für das Liter Milch bezahlt. Milchgeschäfte, die künftig mehr als 44 Pfg. fordern, sollen angezeigt werden. — Wegen des Zuckerpreises schweben noch die Verhandlungen mit dem Landratsamte. — Die Arbeiter werden darauf hingewiesen, daß sie sich bei Lohnstreitigkeiten nicht an den Volksrat, sondern an die zuständige Organisation zu wenden haben; es müsse verlangt werden, daß heute jeder Arbeiter einer solchen angehöre. Die Arbeitgeber ersucht der Vorsitzende, in ihren Betrieben möglichst nur gelernte Arbeiter einzustellen, um der Landwirtschaft usw. nicht die erforderlichen Arbeitskräfte zu entziehen. — Hinsichtlich der Fettversorgung bemängelt ein Mitglied des Arbeits-Ausschusses, daß das hies. Fett noch immer nach Hattingen abgeliefert werden müsse, von wo der dritte Teil hierher zurückgelange, während das übrige zur Margarine- und Munitionsbereitung verwendet werde. Dies müsse geändert werden. — Wegen der an die Mitglieder des Volksrates zu zahlende Vergütung ist folgendes festgesetzt worden: Der Schriftführer erhält eine Entschädigung von 100 Mk. monatlich, den übrigen Mitgliedern wird lediglich der etwa entgangene Arbeitsverdienst erstattet, dem Schreibgehilfen (Kriegsbeschädigter) wird eine Vergütung von 200 Mk. für den Monat bezahlt. Die Versammlung ist mit diesen Sätzen einverstanden. — In der Aussprache weist ein Volksrats-Mitglied darauf hin, daß es in erster Linie der Ortskohlenstelle und den Kohlenhändlern zu verdanken sei, wenn jetzt keine Kohlennot mehr bestände und die Läger der Kohlenhändler wieder angefüllt werden könnten. Unter Bezug hierauf spricht ein anderer Redner den Wunsch aus, eine größere Kohlenmenge zu verteilen, denn mit 15 Zentnern könne keine Familie den Winter über auskommen.

Ein Ausschuß-Mitglied berichtet nunmehr über die Bielefelder Tagung, in der die 6 Abgeordneten gewählt wurden, die den hiesigen Reg.-Bezirk und die beiden lippischen Länder auf der am 16. d. Mts. in Berlin zusammengetretenen Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte vertraten. An jener Tagung nahmen aus Paderborn 3 Mitglieder des Volksrates und 2 Mitglieder des Soldatenrates teil. Die Vorgänge in der Versammlung, die anscheinend ganz unter sozialdemokratischem Einfluß stand, insbesondere die Art und Weise, wie die Vertreter-Wahlen zustande kamen, erregten im Volksrat ein allgemeines Mißfallen, namentlich wurde es scharf beanstandet, daß Paderborn auf der Reichskonferenz durch einen Abgeordneten vertreten sei, der weder der hier vorherrschenden politischen Richtung angehöre, noch die hies. eVrhältnisse kenne, noch die allgemeine Sympathie der Bevölkerung besitze. Es wurde vorgeschlagen, falls wieder eine solche Reichskonferenz stattfinde — wofür allerdings wenig Aussicht bestehe — den Abgeordneten unabhängig von Bielefeld im Benehmen mit der Rätevertretung der Kreise Höxter, Warburg und Büren zu wählen.

Nunmehr berichtete der Vorsitzende über das Verhältnis des Volksrates zur Stadtverwaltung. Der Volksrat hat sich in dieser Angelegenheit an den Reg.-Präsidenten gewandt, von welchem daraufhin zwei Schreiben eingegangen sind, die verlesen werden. Der Inhalt läßt erkennen, daß nunmehr Aussicht besteht, die Streitigkeiten zwischen Volksrat und Stadtverwaltung zu schlichten. Der Vorsitzende will daher nochmals mit dem Oberbürgermeister verhandeln, von dem Ergebnis der Verhandlung werden die weiteren Schritte abhängen. Es kommt nun zu einer längeren Aussprache, die zeitweise auf das persönliche Gebiet übergriff und in der u. a. ein Stadtverordneter die ablehnende Stellung des Stadtv.-Kollegiums zu den Geldforderungen des Soldatenrates verteidigte. Wegen der mißfälligen Aeußerung des Oberbürgermeisters über den Volksrat soll zunächst das Zeugnis des ehem. Soldatenrats-Mitgliedes Haase, der diese Aeußerung mitangehört hat, eingeholt werden.

Von der Berichterstattung über die Berliner Reichskonferenz mußte abgesehen werden, weil der Abgeordnete noch nicht wieder zurückgekehrt war.

Von einem ehemaligen Angestellten des städt. Fuhrparks ist angezeigt worden, daß die Fuhrparksleitung in vielen Fällen bei den Entleerungg von Abortgruben mehr Fuhren berechnet habe, als tatsächlich geleistet worden seien. Die Anzeige ist an die Staatsanwaltschaft weitergegeben und auch die Regierung ist davon benachrichtigt worden.

(Man wird erst das Ergebnis der Untersuchung abwarten müssen, ehe zu dieser Sache Stellung genommen werden kann. Uns klingt die Anklage als kaum glaubhaft und höchst unwahrscheinlich D. R.)

Zum Schluß der T.-O. werden noch einige Wünsche und Anregungen vorgebracht. Gegen den Antrag der Kaufmannschaft, in den letzten 5 Tagen vor Weihnachten die Geschäfte bis 7 Uhr abends geöffnet zu halten, erhebt sich kein Widerspruch. — Auf eine Anfrage, wie es komme, daß das jetzt ausgegebene Soldatenbrot besser munde, als das von den Bäckern hergestellte Brot, wird von Sachverständigen geantwortet und hierbei die gesamte Mehl- und Brotversorgung angeschnitten. Die gegen die Bäckermeister gerichteten Vorwürfe seien unberechtigt. Die Bäcker sind schon im eigenen Interesse bemüht, einwandfreies Brot zu liefern, um den guten Ruf des Paderborner Brotes, das in ganz Westfalen und Rheinland bekannt ist, zu erhalten. Wenn das Brot dennoch mitunter Mängel aufweise, so liege das weder an den Bäckern, noch an den Müllern, sondern am Getreide und seiner starken Ausmahlung. — Weiter wurde eine bessere Säuberung der Straßen und eine höhere Entlöhnung der Straßenreiniger gefordert. Die bei die Gelegenheit berührte Frage, ob hier zurzeit Arbeitermangel herrsche, blieb unentschieden. — Der von verschiedenen Seiten vorgebrachte Wunsch, für die Weihnachtsfeiertage eine größere Menge Fleisch als 100 Gramm auszugeben, stößt, wie ein Ausschuß-Mitglied angibt, auf reichsgesetzliche Bedenken. Dagegen sei anzustreben, daß das Pferdefleisch fortan nicht gegen Marken, sondern freihändig über die Freibank verkauft werde. — Schluß der Sitzung: 10.15 Uhr.

•

Die Kosten der A.- u. S.-R.

Bekanntlich hat die hiesige Stadtverordnetenversammlung es aus prinzipiellen Gründen und mit Hinweis auf die Städteordnung abgelehnt, irgend welche Ausgaben des A.- u. S.-R. zu übernehmen. Daß in dieser Frage eine einheitliche Anschauung nicht besteht, lehrt wieder die nachstehende Meldung aus Remscheid vom 20. Dez., die besagt: „In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten erfolgte die Nachbewilligung von 76 247 Mk. Ausgaben des Arbeiter- und Soldatenrates, darunter

48 500 Mk. für den Sicherheits- und Wachdienst. Soweit diese Kosten dem Staat zur Lastfallen, wird die Rückerstattung beantragt. Das Kollegium beschloß, die Ausgaben des Arbeiter- und Soldatenrats durch einen besonderen Ausschuß nachprüfen zu lassen." In Remscheid stellte man sich dennoch auf einen anderen Standpunkt wie in Paderborn. Angesichts dieser Verschiedenwertigkeit der Auffassung über diese Frage dürfte die Nachsuchung einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes ein wichtiger Akt der Klärung für alle Städte bedeuten.

— Der Verkehr mit dem Postscheckamt in Köln ist nicht gesperrt Sendungen in beiden Richtungen unterliegen aber englischer Zensur.

— Der goldene Sonntag brachte einen Riesenverkehr in unsere Stadt. Am Vormittag bereits setzte auf der Westernstraße ein starker Verkehr ein, der sich in den Nachmittags- und Abendstunden zum Gedränge verdichtete. Auch in den Läden herrschte gestern sehr reges Leben und wer die geeigneten Artikel anzubieten vermochte, hatte in der Tat einen goldenen Geschäftstag zu verzeichnen, nur bekam man dabei nur kein Goldgeld, sondern nur „Goldersatz" zu sehen. Auch die Kinos hatten wieder goldene Tage. Das Wetter blieb über Tag wenigstens einmal trocken, am Nachmittag wurde es sogar sonnig. Jedenfalls ist es aber kein Weihnachtswetter, das uns in diesem Jahre beschert wird. Auf die bevorstehenden „grüne Weihnachten" folgen hoffentlich keine „weiße Ostern".

Das 2. Landsturm-Bataillon Paderborn, das seit der Demobilisierung in der Hathumarschule in Quartier lag, ist in den letzten Tagen aufgelöst worden.

Eine Postbeamten-Versammlung tagte gestern abend im Gasthof Rohde am Markte. Zweck der Versammlung war, für das hiesige Postamt einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Beamten-Ausschuß zu wählen, wie solche jetzt überall bei den größeren Postämtern geschaffen werden. Aufgabe der Ausschüsse ist es, dienstliche und persönliche Wünsche und Anregungen des Personals entgegenzunehmen, an die Behörde weiterzugeben und mit dieser darüber zu verhandeln. Mit der Errichtung von Beamten-Ausschüssen hat endlich eine alte und berechtigte Forderung der Beamten Berücksichtigung gefunden.

Von Nah und Fern.

)(Aachen, 20. Dez. Der Ortskommandant hat befohlen, daß im Aachener Industriegebiet auswärtige Arbeiter (aus Holland) nicht mehr beschäftigt werden, so lange Arbeitsmangel für einheimische Arbeiter herrscht. (Es waren immer viele Holländer in Aachen beschäftigt.)

× Kreuznach, 22. Dez. In Langenlohnsheim erhielt eine alleinstehende Witwe einen baumlangen, kräftigen Neger ins Quartier. Sie hatte im Leben noch keinen Schwarzen gesehen und fiel beim Anblick des Quartiergastes nahezu in Ohnmacht. Der aber hatte die Lage sofort erfaßt und sagte in fließendem Deutsch: „Keine Angst, Madam, ich habe noch keinen Menschen gefressen und fresse auch keinen." Worauf die Erschreckte sich allmählich beruhigte.

Vermischtes.

Das geladelte Europa. Die Völker Europas haben sich während des Weltkrieges nicht im schönsten Licht gezeigt, und das Wort von dem „blamierten Europäer" ist heute wahrer als je. Die vielen Wilden, die man uns auf den Hals geschickt hat, werden, wenn sie wieder nach Hause kommen, von unserer sogenannten Kultur wunderschöne Dinge zu erzählen wissen. Europa war aber auch schon in früheren Jahrhunderten manchem Tadel ausgesetzt. In dem „curieusen Antiquarius", einem heute seltenen Buch, das „allerhand auserlesene und historische Merkwürdigkeiten" enthält und bereits Anno 1720 in fünfter Auflage erschienen war, wird, was in Europa tadelnswertes vorhanden ist, in folgenden Versen gerügt:

Alle Brücken im Lande Pohlen;
Die Münch in Boehmen unverhohlen;
Das Kriegs-Volk aus Mittags-Land;
Die Nonnen in Schwaben weltbekannt;
Der Spanier und Wenden Treu;
Der Preußen Glaub und harte Reu;
Der Franzosen Beständigkeit;
Wie auch der Teutschen Nüchternheit;
Samt der Italiener Andacht,
Werden von niemand groß geacht.

Furchtbare Wirkungen der Grippe in Indien. Die Verwüstungen, die die Grippe-Epidemie in Indien angerichtet hat, sind furchtbar gewesen: es sollen nicht weniger als 30 Millionen Menschen umgekommen sein.

Ein Fall Kupfer in Schweden. Der frühere spanische Konsul in Sundsvall, Henrik Aslund, hat Selbstmord verübt, nachdem er gutgläubige Freunde um mehrere Millionen Kronen beschwindelt hatte. Unter der Vorspiegelung, das Geld für einträgliche Geschäfte zu gebrauchen, zahlte er den Geldgebern monatlich 15 bis 20 % Zinsen.

Ein Lazarettzug ausgeplündert. Im Bahnhof Michelstadt im Odenwald wurde ein Frankfurter Lazarettzug gründlich ausgeplündert. Sämtliche Betten, Wäschestücke, Sofas, Stühle, Tische, Eßwaren sind aus den Wagen verschwunden, bis nur der kahle Zug auf den Gleisen stand.

Keine Dividende bei Krupp. Die Friedr. Krupp Akt.-Ges. in Essen a. d. Ruhr, die in den ersten beiden Kriegsjahren je 12 % und im Vorjahr noch 10 % Dividende zur Ausschüttung brachte, bleibt für das am 30. Juni d. Js. beendete Geschäftsjahr 1917/18 dividendenlos.

Letzte Draht- u. Korrespondenzmeldungen

Das Schicksal des Kaiserpaares.

bb. Frankfurt (Main), 23. Dez. Nach einem Privattelegramm der Frankf. Zeitung aus dem Haag ist der Krankheitszustand der früheren deutschen Kaiserin derart, daß sie wohl kaum das neue Jahr erleben wird. Sie hatte vor einigen Monaten einen Schlaganfall erlitten; auch machte ihr Herzleiden während der letzten aufregenden Wochen, als die Auslieferungsfrage in der Oeffentlichkeit verhandelt wurde, starke Fortschritte, wodurch eine Nervendepression hinzutrat, die den Zustand der Kaiserin auf das bedenklichste beeinflußte. Der frühere deutsche Kaiser ist ebenfalls ernsthaft erkrankt. Sein Ohrleiden hat sich erheblich verschlimmert, und es besteht die Gefahr, daß es auf das Gehirn übergreift. Beim Kaiser sind ebenfalls nervöse Erscheinungen als Folgen der Aufregungen festzustellen.

Graf Brockdorff-Rantzau.

bb. Berlin, 22. Dez. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, wird die Staatsgeschäfte erst Weihnachten übernehmen.

Britische Kriegsschiffe auf dem Wege nach Danzig.

eb. Haag, 23. Dez. Reuter meldet: Der britische Kreuzer „Conventry" ist aus Kopenhagen nach Danzig und der leichte Kreuzer „Calypsi" nach Stettin abgefahren.

Das Schicksal Deutsch-Südwestafrikas.

bb. Barkly, 23. Dez. Minister Dewet erklärte auf dem Kongreß der Diamantengräber, die britische Regierung beabsichtige, Deutsch-Südwestafrika der Union auszuhändigen. Diese sollte auch darüber zu Rate gezogen werden, was mit Deutsch-Ostafrika zu geschehen habe.

Bekanntmachung

Des Weihnachtsfestes halber ist die

Prüfungsstelle

für Lebensmittelzulagen für Kranke — Markt 7 — am Dienstag, den 24 dieses Monats, am Vormittag von 9 bis 12 geöffnet, am Nachmittag aber geschlossen.

Paderborn, den 21. Dezbr. 1918.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Infolge Zuckermangel kann in den Drogerien

Süßstoff

(ein Briefchen für d. Person) gegen Abgabe von Süßstoffmarken bezogen werden. Süßstoffmarken werden auf Wunsch in den Lebensmittelkartenausgabestellen ausgegeben.

Paderborn, den 21. Dezbr. 1918.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Nach der Feststellung des beamteten Tierarztes ist unter den Rindvieh-Bestande des Gutsbesitzers Tölle zu Marienloh die

Maul- und Klauenseuche

ausgebrochen. Dieses wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Bad Lippspringe, den 20. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung

Nach Feststellung des beamteten Tierarztes ist unter den Rindviehbeständen der Landwirte Bernhard Beineke, Johann Strathaus, Johann Füller, Wilhelm Lödiger und des Bauunternehmers Johann Backhaus sämtlich zu Neuenbeken die

Maul- und Klauenseuche

ausgebrochen.

Dieses wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Bad Lippspringe, den 20. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Möglichst bald suche ich ein einfaches braves, jüngeres

Zweitmädchen

Lohn nach Uebereinkunft.

Frau Justizrat **Everken**
Paderborn.

Friseurgehilfe

für sofort gesucht.

Wilh. Pott, Friseur,
Steinheim i. W.

Geld gegen monatl. Rückzahlung verleiht diskret

H. Blume, Hamburg 5.
Junger

Bekanntmachung.

Die Bürgerschaft von Paderborn wird nochmals darauf hingewiesen, daß nur gegen Abgabe eines vom Garnisonkommando gestempelten Quartierzettels Quartier gewährt werden darf. Gleichzeitig wird um Angabe der Quartiere gebeten, in denen sich Mil.-Personen ohne oben bezeichneten Quartierzettel befinden, bezw. befunden haben.

Garnisonkommando
Einquartierungsamt
Herz-Jesu-Schule.
gez. v. Loebell.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften wird vom 1. Februar 1919 ab der

Gascinheitspreis

von 20 auf 22 Pfg. je cbm erhöht.

§ 6 der Bedingungen über Entnahme von Gas aus der städtischen Leitung vom 1. 4. 1912 erhält folgende Fassung:

Gaspreis.

Der Preis des verbrauchten Gases beträgt 22 Pfg. je cbm.

Inhaber von Münzgasmesser erhalten 450 Liter für 10 Pfennig.

Die Gas- und Wasserwerks-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Unser Geschäfts- und Versandräume bleiben an **beiden** Weihnachts-Feiertagen

geschlossen

Aufträge werden daher nicht angenommen.

Paderborn, den 23. Dezember 1918.

Paderborner Aktienbrauerei.
Vereinsbrauerei Schönbeck & Co.

Soeben ist bei uns erschienen

Der Hirtenbrief

der preußischen Bischöfe über die drohende Trennung von Staat und Kirche. Es ist ein flammendes Wahrzeichen der höchsten Gefahr. **Das ist das rechte Flugblatt,** das in jedes Haus und in jede Hütte wandern muß; es muß in die Hand eines jeden gedrückt werden, der in den nächsten Tagen mit dem Wahlzettel über das Schicksal von Land, Volk und Kirche entscheiden soll. Preise 1 Stück 10 Pfg., postfrei 15 Pfg., 50 Stück 4.50 Mk., postfrei 4.70 Mk., 100 Stück 8.00 Mk., postfrei 8.40 Mk., 500 Stück 35.00 Mk., postfrei 35.50 Mk., 1000 Stück 65.00 Mk., postfrei 66.00 Mk.

Paderborn. *Bonifacius-Druckerei.*

Rentables Unternehmen

gleichviel welcher Branche (Geschäft oder Fabrik) in Westfalen von Kaufmann zu übernehmen gesucht.

Offerten unter Nr. 1562 an die Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers.

Für auswärtige, meist aus landwirtschaftlichen Kreisen stammende Schüler des Lehrerseminars suche ich in guten Bürgerhäusern

Wohnung und Verpflegung

Angebote mit Preisangabe erbittet baldigst

Dr. Mund!
Seminardirektor.

Junges Ehepaar sucht für sofort oder 1. 1. 19

möbl. Wohnung

bestehend aus Wohn-, Schlafzimmer und Küche. Gas u. elektr. Licht bevorzugt.

Off. unter Nr 1521 an die Geschäftsst. des Pad. Anz.

Vertreter

die nachweisbar bei Spezialgeschäften der Tabakbranche gut eingeführt sind für sofort gesucht. Off. mit Ang. des genau umgrenzten Bezirks, sowie Referenzen sind unt. Kdo. O 864 an **Rudolf Mosse, Dortmund,** zu richten.

Husten, Atemnot, Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite. **Heinrich Deicke, Backersleben,** Provinz Sachsen.

Auch b. Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Beingeschwüren gern umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Zentrumspartei Paderborn.

Am 26. 12. 1918, dem 2. Weihnachtstage, nachmittags,

finden in den einzelnen Bezirken der Stadt Paderborn

Versammlungen aller Zentrumswähler

statt, in welchen zunächst die Bezirksvorstände und sodann die Abgeordneten für das Kreiskomitee Paderborn gewählt werden. Zeit und Ort der Versammlungen für die einzelnen Bezirke werden durch die bisherigen Bezirksvorstände besonders bekannt gegeben. Die Zentrumswähler werden dringend gebeten, zu diesen Versammlungen zahlreich zu erscheinen, um für die neue Organisation der Partei die breiteste Grundlage zu schaffen.

Der Vorstand des Werbeausschusses der Zentrumspartei Paderborn.
Auffenberg, Rechtsanwalt,
Vorsitzender.

Am Montag, den 23. ds. Mts., 9 Uhr vormittags

werden an den Stallungen des **Inf.-Regts. 158,** Elsenerstraße 2



ca. 100 Pferde

verschiedenen Schlages des Inf.-Regts. 158 öffentlich meistbietend verkauft. Barzahlung verlangt. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

Verkaufsbedingungen werden vor der Auktion am Platze bekannt gemacht.

Halter mitbringen.

Der Regiments-Kommandeur.

Verschossene Militär-Mäntel u. Anzüge

werden auf neu gefärbt und gereinigt.

Färberei **Galluschke**
Waschanstalt.
Paderborn, Westernstraße 30
...feld, Langestraße 20.

Gründlichen Klavierunterricht

erteilt in und außer dem Hause (Stunde 1.50 Mark)
Emil Rech, Paderborn.

Zum 1. Februar wird noch ein tüchtiges

Mädchen gesucht,

welches auch melken kann.

Frau Gutsbesitzer **Schulte-Potthof**
Oberbergstraße, Kreis Soest.

Bürgervereins-Saal.

Am **2. Weihnachtstag, Donnerstag, den 26. Dezember, abends ½8 Uhr**

Weihnachts-Feier

mit Konzert und Deklamation

der Schülerinnen der Gesangschule **Nelly Marussy** unter gütiger Mitwirkung der Herren **Dr. Oehs** (Klavier) und **Menge** (Violine) zum Besten der Lungenfürsorge und des Waisenhauses in Paderborn.

Eintrittskarten zu 2 und 1 Mark an der Abendkasse und im Vorverkauf in der Junfermannschen Buchhandlung, Westernstraße.

Inserate aller Art

finden bei der fortgesetzt steigenden Leserzahl in Stadt und Land Paderborn im

„Paderborner Anzeiger"

:-: Amtliches Kreisblatt :-:
Anzeiger für Neuhaus u. Delbrück
weite Verbreitung und versprechen sicheren Erfolg.

Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.